

Deutschland – wie Europa insgesamt – steht in der Außen- und Sicherheitspolitik vor großen Herausforderungen. Der transnationale Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gefährden unsere Sicherheit direkt. Die Unterbrechung der Versorgung mit Energie und anderen Rohstoffen oder des internationalen Handels würde unseren Wohlstand in erheblichem Maße gefährden.

Eine wesentliche Ursache für diese neuen Herausforderungen liegt in Entwicklungen, die häufig unter dem Schlagwort Globalisierung zusammengefasst werden. Während Deutschland insgesamt von seiner starken globalen Integration profitiert, gibt es auch die Kehrseite dieser Medaille: Terroristen und die organisierte Kriminalität verfügen dadurch über neue Operationsmöglichkeiten und sind so von einer lokalen oder regionalen zu einer globalen Bedrohung geworden.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und insbesondere der Klimawandel zeigen dem Nationalstaat deutlich die Grenzen seiner Problemlösungskapazität auf.

Für Deutschland ist die Europäische Union der wichtigste Rahmen, in dem für Herausforderungen, denen nicht oder nicht so effizient im nationalstaatlichen Rahmen begegnet werden kann, eine Antwort gesucht wird.

Daher bleibt die europäische Integration der wichtigste Pfeiler deutscher Außenpolitik. Mit den für den Herbst die-

ses Jahres erwarteten noch ausstehenden Ratifikationen und dem nachfolgenden Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages wird die Problemlösungskapazität der Europäischen Union deutlich gestärkt.

Die deutsche Mitgliedschaft in der Europäischen Union prägt aber nicht nur das Verhältnis zu unseren europäischen Partnern, sondern ist auch in den Beziehungen zu Drittstaaten ein wichtiger Faktor. Dies ist vor allem im Außenhandelsbereich der Fall, wo die Europäische Kommission über weitgehende Kompetenzen verfügt, in zunehmendem Maße aber auch in der klassischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Für Deutschland sind neben der EU die Beziehungen zu den USA und zu Russland sowie zu Asien und dort allen voran zu China von großer Bedeutung.

USA – wichtigster außereuropäischer Partner

Das gemeinsame Wertefundament, der tief gehende gesellschaftliche Austausch, die starke wirtschaftliche Interdependenz und die intensive politische Abstimmung machen die USA zum wichtigsten außereuropäischen Verbündeten Deutschlands. Die USA haben durch ihr Engagement in der NATO und die damit verbundenen Sicherheitsgarantien entscheidend dazu beigetragen, seit Ende des Zweiten Weltkrieges Frieden und Stabilität in Europa zu sichern. Die Überwindung des Kommunismus und die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit verdanken wir ganz wesentlich den USA.

Die USA sind auch heute noch die unverzichtbare Supermacht und werden es trotz des Aufstiegs neuer Mächte noch lange bleiben. Mit den USA teilen wir zentrale außenpolitische Interessen. Nur wenn Europäer und Amerikaner gemeinsam handeln, besteht eine Chance, den globalen Herausforderungen wirkungsvoll zu begegnen. Es war daher politisch unverantwortlich und ein Verstoß gegen deutsche Interessen, als 2002 der damalige Bundeskanzler Schröder bestehende Meinungsunterschiede mit den USA zu einer Krise der bilateralen Beziehungen eskalieren ließ. Bundeskanzlerin Merkel ist es gelungen, das in Washington verloren gegangene Vertrauen wieder zurückzugewinnen und eine neue Phase der Zusammenarbeit zu begründen. Die vertrauensvollen Beziehungen, die in den letzten vier Jahren wieder neu geknüpft wurden, werden derzeit mit der neuen amerikanischen Regierung unter Präsident Obama zügig ausgebaut. In weniger als elf Monaten ist der neue Präsident dreimal in Deutschland gewesen. Seit seiner Amtseinführung im Februar dieses Jahres ist Bundeskanzlerin Merkel genauso häufig mit Barack Obama zusammengetroffen, und mindestens vier weitere Begegnungen werden bis zum Ende dieses Jahres folgen.

Russland – schwieriges Gegenüber

Die Beziehungen zu Russland sind naturgemäß völlig anderer Natur. Russland ist unser Nachbar und geografisch Teil Europas. Die Hoffnungen auf eine lineare demokratische Entwicklung haben sich in Russland leider nicht erfüllt. Die fehlende Rechtsstaatlichkeit ist ein wesentlicher Grund für die im Vergleich zu anderen Staaten unzureichende wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik des Landes. Die Außenpolitik Russlands zeigt deutliche neo-imperiale Tendenzen. Deutschland hat traditionell gute Beziehungen zu Russland, die wir erhalten

wollen. Allerdings dürfen diese Beziehungen nicht – wie in vergangenen Zeiten geschehen – zulasten Dritter gehen. Die gegenseitige Abhängigkeit vor allem im Bereich der Energie- und Rohstoffwirtschaft einerseits und der technologischen Kooperation andererseits ergibt viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen. Um diese Zusammenarbeit auf eine solide Grundlage zu stellen, unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die begonnenen Verhandlungen zu einem neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit Russland.

Naiv und damit politisch gefährlich ist hingegen die von Bundesaußenminister Steinmeier formulierte Strategie des „Wandels durch Verflechtung“. Diese zielt auf einen weiteren Ausbau der bereits bestehenden, zumeist asymmetrischen Verbindungen, um so einen innenpolitischen Wandel in Russland herbeizuführen. Hier muss daran erinnert werden, dass die russische Regierung Anfang dieses Jahres bereit war, trotz der damit verbundenen politischen und ökonomischen Kosten den Gasstreit mit der Ukraine in einer Weise eskalieren zu lassen, dass auch Mitgliedstaaten der Europäischen Union unter den Lieferausfällen zu leiden hatten. Diese Erfahrungen haben ebenso wie das russische Verhalten im Krieg mit Georgien deutlich gemacht, dass die von einigen beschworene strategische Partnerschaft zwischen Europa und Russland zwar wünschenswert, aber von der Realität noch weit entfernt ist.

China – Partner der Zukunft

China ist dank seines ökonomischen und politischen Aufstiegs zu einem bedeutenden Akteur auf den internationalen Märkten und in der internationalen Politik geworden. Chinas Einfluss wächst nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch-diplomatisch, kulturell und militärstrategisch. Durch sein wachsendes

wirtschaftliches Gewicht, zunehmende *Soft Power*, seine Stellung als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat, sein aktiveres Engagement in regionalen und multilateralen Strukturen ist ein chinesischer Beitrag zur Lösung vieler regionaler und globaler Fragen inzwischen essenziell. China ist eine Weltmacht im Werden. Dieser Aufstieg Chinas macht auch die deutschen und europäischen Beziehungen zu China immer wichtiger. China ist für die Bundesrepublik Deutschland zu einem der weltweit wichtigsten Wirtschaftspartner geworden. Die deutsch-chinesischen Beziehungen sind eng, substanzreich und robust. China ist ein wichtiger Partner in Asien, und Deutschland ist für Peking ein ebenso wichtiger politischer Partner in Europa. Es gibt eine breite Palette von Dialogstrukturen zwischen beiden Seiten in den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft, Umwelt und Politik. Dazu gehört auch der Menschenrechts- und Rechtsstaatsdialog. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass mit China ein nicht demokratischer, nicht liberaler Staat in der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Hierarchie aufsteigt, wie sich gerade wieder mit der Ausweitung der Medienzensur um den zwanzigsten Jahrestag der blutigen Niederschlagung friedlicher Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens gezeigt hat. Die Deutschen haben aber gleichwohl ein großes Interesse daran, die Beziehungen zu China und anderen wichtigen Partnern in Asien wie Indien, Japan und den ASEAN-Staaten auszubauen.

Neue Hoffnung im Nahen Osten

Es ist sehr zu begrüßen, dass US-Präsident Obama anders als seine beiden Vorgänger den Nahostkonflikt gleich zu Beginn seiner Amtszeit zur Chefsache gemacht hat. Es ist sehr zu hoffen, dass die in seiner jüngsten Kairoer Rede gemachten Angebote zum Dialog und zur Ko-

operation in der Region positiv aufgenommen werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat wiederholt das große Interesse Deutschlands deutlich gemacht, dass der Nahostfriedensprozess mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung wieder stärker in Gang kommt.

Im Umgang mit dem iranischen Nuklearprogramm muss die Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft erhalten bleiben. Ziel bleibt, vom Iran objektive Garantien zu erhalten, dass sein Nuklearprogramm dauerhaft ausschließlich friedlichen Zwecken dient, und alles zu tun, damit dies mit diplomatischen Mitteln erreicht werden kann.

Die vom UN-Sicherheitsrat und den EU3+3 verfolgte Strategie hat den Iran bisher leider nicht daran gehindert, die Anreicherung von Uran fortzusetzen. Es gibt keine Alternative zu einer Verstärkung der *Double-Track*-Strategie von Sanktionen und Kooperationsangeboten. Bisher hat Teheran nur vage auf das Gesprächsangebot von Präsident Obama reagiert, das er selbst nach dem unklaren und von blutigen Protesten begleiteten Wahlausgang im Iran wiederholt hat.

Terrorismusbekämpfung in Afghanistan und Pakistan

Die verheerenden Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington wurden in Afghanistan geplant. Seitdem konnte die von dort ausgehende Terrorgefahr weitgehend eingedämmt werden. Die Stabilisierung Afghanistans bleibt aber eine der vordringlichsten Aufgaben der internationalen Sicherheitspolitik, um zu verhindern, dass Afghanistan erneut zu einem Rückzugsraum für global agierende Terroristen wird. Es ist daher sehr begrüßenswert, dass Präsident Obama Afghanistan zu einem Schwerpunkt seiner Außenpolitik gemacht hat und auch Pakistan mit einbezieht. Ohne eine enge Kooperation mit Islamabad ist Afghanistan nicht dauer-

haft zu befrieden. Sie muss dem Ziel dienen, den afghanischen Taliban die Rückzugsmöglichkeiten in der pakistanisch-afghanischen Grenzregion zu nehmen. Pakistan benötigt zudem Unterstützung, um der Terrorismusgefahr im eigenen Land erfolgreich zu begegnen. Es ist sehr zu begrüßen, dass die neue US-Administration mit ihrer neuen Afghanistan-Strategie den europäischen Ansatz des *comprehensive approach*, das heißt einer Stärkung des zivilen Wiederaufbaus und einer besseren Vernetzung ziviler und militärischer Maßnahmen, übernommen hat. Ziel bleibt es, die afghanische Regierung in die Lage zu versetzen, selbst für die Sicherheit und Stabilität und die Entwicklung ihres Landes zu sorgen. Dieser Aufgabe bleibt Deutschland mit seiner besonderen Verantwortung, die es für den Norden Afghanistans übernommen hat, auch in Zukunft verpflichtet.

Modernisierung der NATO

Die NATO bleibt das zentrale Instrument der transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Neben der weiterhin bestehenden zentralen Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung reichen ihre Aufgaben inzwischen von robusten Stabilisierungseinsätzen in Europa, an seiner Peripherie und weit jenseits der Grenzen des Bündnisgebietes bis hin zu humanitären Einsätzen in Katastrophengebieten.

Auf dem Jubiläumsgipfel der NATO von Kehl und Straßburg hat die NATO die Überarbeitung des zehn Jahre alten strategischen Konzeptes des Bündnisses beschlossen. Dies bietet die Möglichkeit zur Modernisierung der NATO. Das zukünftige strategische Konzept muss die sicherheitspolitischen Umbrüche der vergangenen Jahre widerspiegeln. Am Anfang muss eine umfassende Analyse der neuen, kaum noch geografisch eingrenz- baren Bedrohungen und sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen. Dabei

sollten auch nicht militärische Aspekte wie beispielsweise ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle berücksichtigt werden. Zu ihnen gehören auch Fragen der Raketenabwehr, der Cyber- defense und der Energiesicherheit.

Übergeordnetes Ziel ist es, einen neuen Konsens zu Fragen der Risiken, Bedrohungen sowie Aufgaben und Reichweite des Bündnisses zu finden. Dazu muss die Artikel-5-Garantie für alle Mitglieder gewährleistet sein. Die NATO sollte auch weiterhin offen sein für neue Mitglieder. Ihre Aufnahme wird sich an den Aufnahmekriterien des Bündnisses orientieren und einen Sicherheitsmehrwert für das Bündnis bedeuten. Ebenso wichtig ist der Ausbau der Beziehungen zu Partnern, insbesondere in Asien, die sich mit eigenen Soldaten zum Beispiel an der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligen.

Des Weiteren bedarf das Verhältnis von NATO und EU der dringenden Verbesserung. Angesichts wachsender Aufgaben von NATO und ESVP müssen die vorhandenen zivilen und militärischen Fähigkeiten effizienter genutzt und ausgebaut werden.

Abrüstung und Nichtverbreitung stärken

Die neuen Initiativen zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Präsident Obama in seiner Prager Rede verkündet hat, sind sehr zu begrüßen. Damit besteht eine neue Chance, die Zahl der Nuklearwaffen drastisch zu reduzieren und die konventionellen Streitkräfte zu begrenzen.

Dabei ist auf einen zügigen Abschluss der laufenden US-russischen Verhandlungen über eine rechtsverbindliche Nachfolgeregelung des im Dezember dieses Jahres auslaufenden START-I-Vertrages über die Begrenzung des strategischen Nukleararsenals zu hoffen, auch um damit das Nichtverbreitungsregime

zu stärken und zu verhindern, dass die Zahl der Nuklearmächte weiter steigt. Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen ist als Fundament der internationalen Nichtverbreitungspolitik zentral, um die Verbreitung von Nuklearwaffen zu verhindern. Dieses Vertragsregime gilt es angesichts wachsender Proliferationsrisiken wie im Iran oder in Nordkorea zu stärken. Zur Vermeidung der Weiterverbreitung von nuklearem Material, nuklearer Technologie und nuklearem Know-how muss Ländern, die die Kernenergie zur Energiegewinnung nutzen wollen, ein Weg aufgezeigt werden, der das Proliferationsrisiko minimiert.

Präsident Obama hat sich für die Ratifizierung des nuklearen Teststoppvertrags durch den US-Senat ausgesprochen. Wenn dieses bis zum Frühjahr nächsten Jahres gelingen sollte, wäre dies ein wichtiger Impuls für die zu diesem Zeitpunkt stattfindende Überprüfungs-konferenz des Nichtverbreitungsvertrags. Leider ist es derzeit eher unwahrscheinlich, dass Obama bald die dafür notwendige Mehrheit im Senat erreichen wird. Exportkontrollen, mit denen die Weitergabe zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen und militärischer Trägertechnologie, aber vor allem von *Dual-Use*-Produkten kontrolliert wird, sind ebenso ein unverzichtbares Instrument zur Eindämmung von Proliferation. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass jüngst Südkorea der „Proliferation Security Initiative“ zur Proliferationsvorbeugung und zur Bekämpfung des Nuklearterrorismus beigetreten ist. Dieses ist um so wichtiger, als derzeit von Nordkorea, das jüngst erneut einen Atomversuch und Raketentests durchgeführt hat, die größten Proliferationsgefahren ausgehen.

Als offene, mit dem Weltmarkt eng verflochtene Volkswirtschaft ist Deutschlands Wohlstand auch von der Stabilität des internationalen Finanzsystems

und von offenen Weltmärkten abhängig, wie die gegenwärtige globale Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich vor Augen führt.

Ressourcensicherheit und Klimaschutz

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass die globale Finanzarchitektur den Erfordernissen einer globalisierten Welt angepasst und aufkeimenden protektionistischen Tendenzen energisch entgegengetreten werden muss. Als stark exportorientierte Volkswirtschaft hat Deutschland darüber hinaus ein großes Interesse an sicheren Seehandelswegen. Deshalb ist es richtig, dass sich die deutsche Marine am Horn von Afrika an der Bekämpfung der Piraterie beteiligt.

Die Sicherheit Deutschlands hängt nicht zuletzt von einem möglichst uneingeschränkten Marktzugang zu Energie und anderen Rohstoffen ab. Die Bundeskanzlerin hat Energie- und Rohstoffsicherheit zu einem wichtigen Thema ihrer Kanzlerschaft gemacht.

Eng verbunden mit Fragen der Energiesicherheit ist der Klimaschutz. Die EU hat beschlossen, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um zwei Prozent zu verringern. In diesem Zusammenhang ist es sehr zu begrüßen, dass auch Präsident Obama eine neue Energiepolitik verfolgt und sich dem Kampf gegen den Klimawandel verschrieben hat. Gemeinsam muss man daran arbeiten, insbesondere Schwellenländer mit hohen Emissionen wie China und Indien zu einem angemessenen Beitrag zu bewegen. Das Ziel, den globalen Temperaturanstieg bis Ende des Jahrhunderts auf zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu beschränken, um den Klimawandel in einem noch erträglichen Rahmen zu halten, muss völkerrechtlich verbindlich gemacht werden.